

Forum

Die Genfer Zentren: Schlüssel für die Schweizer Hilfestellung für die Ukraine

THEODOR H. WINKLER

Die Ukraine geht auf einen schwierigen Winter zu. Sie wird von westlicher militärischer, finanzieller und wirtschaftlicher Hilfe stark abhängen, will sie ihn unbeschadet überstehen. Die Schweiz ist direkt betroffen: Die Ukraine verteidigt auch unsere Werte und Freiheit. Die Schweiz muss die Ukraine wirksam, neutralitätskonform und sinnvoll unterstützen. Wir sollten dazu die Verantwortung für ausgewählte Schlüs-

selbereiche übernehmen und damit unserer Hilfe ein Gesicht geben, mit dem sich Parlament und Bevölkerung identifizieren können – nicht bloss Geld in einen anonymen Topf werfen. Den Genfer Zentren wird dabei eine Schlüsselrolle zukommen. Sie sind als wirksame Instrumente unserer Aussen- und Sicherheitspolitik zu verstehen und generell besser zu nutzen.



ALT-BOTSCHAFTER DR. THEODOR H. WINKLER gilt als «sicherheitspolitischer Vordenker» der Schweiz (Neue Zürcher Zeitung). Er ist einer der Architekten der Schweizer Sicherheitspolitik der 1990er Jahre und geistiger Vater der drei Genfer Zentren des Bundes: Sicherheitspolitik (GCSP), humanitäre Minenräumung (GICHD) sowie gute Regierungsführung im Sicherheitsbereich (DCAF). Theodor Winkler stand dem DCAF von 2000 bis 2016 als dessen Direktor vor. Zusammen mit Philippe Burrin konzipierte Winkler auch die «Maison de la Paix», einen modernen Glaskomplex im Zentrum des internationalen Genf, der eine der bedeutsamsten sicherheitspolitischen Denkfabriken der Welt beherbergt.
E-Mail: thewinklers@bluewin.ch

Die Ukraine sieht einem schwierigen Winter entgegen. Militärisch ist Russland nicht bereit, die sich abzeichnende Niederlage einzugehen. Putin scheint vielmehr entschlossen, die neu rekrutierten Mannschaften in die Operationen einzubeziehen – und sei es «nur» als Kanonenfutter. Zu wirksamen Angriffen ist die russische Armee, deren Einheiten hohe Verluste von gegen 40 Prozent erlitten haben und damit an einem Punkt angekommen sind, an dem sie jederzeit auseinanderbrechen können, gegenwärtig nicht fähig; sie hat entlang der ganzen Front Verteidigungsstellungen bezogen. Die Frage ist weit offen, ob die Ukraine weiter mit westlichen Waffen in einem Umfang beliefert werden kann, der ihr die Überlegenheit auf dem Gefechtsfeld sichert. Die Republikaner wollen offenbar die amerikanische Hilfe stark reduzieren. Trump sieht in Putin einen Freund. Die Auswirkungen der «Mid-Term-Elections» bleiben noch abzuwarten, dürfen Kiew aber stark schwächen. Die Ukraine wird mit umso grösserem Nachdruck von den Europäern Hilfe erwarten.

Die Schweiz wird in diesem alles entscheidenden Bereich nicht viel tun können. Sie sieht ihre Handlungsfreiheit durch ihre Neutralität stark begrenzt, vielleicht zu begrenzt. Der Bundesrat, in dieser Frage uneins und unter dem Eindruck von Christoph Blochers Neutralitätsinitiative, sieht in dieser Frage praktisch keine Handlungsmöglichkeit.

Russlands systematische Zerstörung der ukrainischen Elektrizität-, Gas- und Wasserversorgung ist eine klare und gravierende Verletzung der Genfer Konventionen und verursacht in der Bevölkerung grosses Leid. Als Depositar-Staat der Genfer Konventionen sollte die Schweiz die systematische Verletzung des humanitären Völkerrechts nicht einfach still hinnehmen, sondern an den Pranger stellen. Gleichzeitig tut sich ihr hier mit dem Versuch, der Ukraine bei der Überwindung der Folgen dieser niederträchtigen Strategie zu helfen, ein Bereich auf, in dem die Schweiz gezielt hu-

manitäre Hilfe leisten kann – etwa mit der Lieferung von Generatoren zur Stromproduktion, Wasseraufbereitungsanlagen, Schlafsäcken, Wolldecken oder medizinischen Hilfsgütern, um nur einige Beispiele zu nennen. Dies wird in den kommenden Wochen im Vordergrund der Schweizer Hilfe stehen. Der Bundesrat, der am 7. Dezember zwei neu Mitglieder erhält, wird dieses Jahr keinerlei grössere politische Weichenstellungen mehr vornehmen, weil er sich in vielen Fragen uneins ist.

Es ist auch, wenn wir die Perspektiven der Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik betrachten, nicht nur diese Auffrischung des Bundesrates zu bedenken, sondern auch die Auswirkungen des Walkampfes und die Zusammensetzung des neuen Parlamentes. Hier dürfte einiges in Bewegung geraten.

Finanzmärkte

Die Ukraine fordert mit Vehemenz, dass die westliche Welt russische Staats- und Oligarchengelder nicht nur einfriert, sondern konfisziert, um mit diesen den Wiederaufbau der Ukraine zu finanzieren. Vor allem die USA und Grossbritannien sind offen für diese Forderung, während die EU noch verschiedene Ansichten nebeneinander existieren lässt. Die Schweiz wird gut beraten sein, wenn sie hier abwartet, welches der internationale Konsens sein wird und sich diesem dann ohne langes Wenn und Aber anschliesst. Genau dasselbe gilt für die Handhabung russischer Anlagen, die von Rechtsanwaltspraxen und anderen Finanzinstituten verwaltet werden. Die Summen dürften enorm sein.

Wiederaufbau

Ein grosses Anliegen für die Ukraine ist die Finanzierung des Wiederaufbaus des geschundenen Landes. Die Kosten wurden an der jüngsten Berliner Wiederaufbaukonferenz auf 350 bis 850 Milliarden Dollar geschätzt. Die Welt – und die Ukraine – werden von der Schweiz einen erheblichen Beitrag erwarten.

Wir müssen davon ausgehen, dass die Mittel, wenn die Waffen einmal schweigen und der Wiederaufbau (oder besser: Neubau) der Ukraine beginnen kann, weltweit knapp sind. Da ist zum einen der Abschwung (eher: die Rezession), welcher der nächste Winter mit seinem Energiemangel bringen dürfte sowie die Zerrütung der Zulieferwege, die angesichts der chinesischen

«Als Depositar-Staat der Genfer Konventionen sollte die Schweiz die systematische Verletzung des humanitären Völkerrechts nicht einfach still hinnehmen, sondern an den Pranger stellen.»

Corona-Politik ihr volles Ausmass erst noch erreichen könnte. Da sind zum anderen die hohen Inflationsraten, deren Auswirkungen auf die Immobilien- und Aktienmärkte erst noch abzuwarten bleiben. Da ist der Abschwung in China, die Gefahr eines Handelskrieges zwischen dem Westen und dem Reich der Mitte und – vor allem –, das Risiko, dass Beijing in einem der kommenden Jahre seine Option der militärischen Rückführung von Taiwan ins chinesische Reich auslöst (eine Operation die rund zehnmal grösser wäre als Russlands Invasion der Ukraine und sehr leicht zu einem Krieg zwischen China und den USA führen könnte).

Es ist schwer vorstellbar, dass die Eidgenossenschaft Miethäuser in der Ukraine errichtet. Sie kann ein Engagement der Schweizer Wirtschaft in diesem Bereich durch fiskalische Anreize und Garantien fördern. Ihr eigenes Engagement wird sich jedoch auf die Infrastruktur konzentrieren: Elektrizitäts- und Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Spitäler und Abwassersysteme. Das kostet viel, gibt der Schweiz aber kein wirklich fassbares Profil.

Die Schweizer Politik wird sich schwertun, hier einfach eine grosse Summe (vermutlich mehrere Milliarden) auf ein Bankkonto zu überweisen. Parlament und Bevölkerung werden etwas Greifbares verlangen, so sicherlich auch Garantien, dass die Mittel nicht irgendwo versanden oder der Korruption zum Opfer fallen. Der Bundesrat teilt diese Interessen. Die Schweiz ist wirtschaftlich zu stark, als dass sie nicht für bestimmte Bereiche die Verantwortung übernehmen könnte.

Es wird darum gehen, welche Bereiche die Schweiz im Rahmen der von der westlichen Welt geplanten integrierten Hilfswelle («Marshall Plan») als ihre Schwergewichte aussucht. Sie muss in jedem dieser Gebiete ausgewiesene Expertise vorweisen, die Details eng mit der Ukraine besprechen – also idealerweise in diesen Gebieten schon lange und bewährte Partnerschaften vorweisen können – und Geld sinnvoll investieren können. Die Genfer Zentren erfüllen diese Bedingungen vollumfänglich und sollten daher eine zentrale Rolle im Schweizer Hilfsprogramm einnehmen.

Geneva International Centre for Humanitarian Demining (GICHD)

Das «Genfer Internationale Zentrum für Humanitäre Minenräumung (GICHD)» ist die weltweit führende Institution im Bereich der Beseitigung der «unexploded remnants of war»: Minen, Cluster-Munition, Sprengfallen und Blindgänger. Ich hatte die Ehre, unter Bundesrat Adolf Ogi (dessen Beitrag zur Schweizer Sicherheitspolitik gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann) das Zentrum 1997 ins Leben zu rufen. Die Schweiz, die als erstes Land Anti-Personenminen komplett aufgegeben hatte, wollte mit dem GICHD einen strategischen Beitrag zur weltweiten Bewältigung des Problems leisten. Die explosiven Überreste von Kriegen belasten die Wirtschaft eines Landes auf Jahre hinaus, verhindern die Rückkehr von Flüchtlingen, machen Landwirtschaft auf weiten Strecken unmöglich und fordern vor allem der Zivilbevölkerung einen steten und grausamen Blutzoll ab. Dieser Blutzoll ist umso unerträglicher, weil der Anteil an Kindern unter den Opfern besonders hoch ist.

Das GICHD erhielt daher den Auftrag, mit der ganzen Minenräum-Gemeinschaft zusammenzuarbeiten, die «lessons learned» systematisch zu erfassen und zu dokumentieren, die internationalen Standards zugunsten der Vereinten Nationen zu definieren und zu verbreiten, technische Hilfsmittel zu prüfen und zu fördern sowie ein «Information Management System in Mine Action» (IMSMA) zu entwickeln, das weltweit

zum Herz jeder Minenräumaktion wurde. Dieses IMSMA führte alle relevanten Informationen und operativen Konzepte zusammen: Minenpläne, Information darüber, wo welche Munition verwendet wurde,

Erfahrung mit den einzelnen Minen- und Waffentypen, geeignete Räuminstrumente, Finanzmanagement und Human Resources sowie alle anderen logistischen und administrativen Fragen der Räumoperation und was es sonst noch alles in einem, System zusammenzuführen gilt.

Das GICHD sollte nun beauftragt werden, bei der Lösung der Minenfrage in der Ukraine eine zentrale Rolle einzunehmen. Dies sollte ein Schwergewicht

«Die Schweiz ist wirtschaftlich zu stark, als dass sie nicht für bestimmte Bereiche die Verantwortung übernehmen könnte.»

des Schweizer Unterstützungsbeitrages an Kiew werden. Alle anderen Aufbauhilfen werden erst möglich, wenn in diesem Bereich Fortschritt erzielt wird. Daher sollten finanzielle Mittel schon im regulären Budget 2023 für diesen Zweck eingesetzt werden. Dazu hat das Zentrum mit der Ukraine, mit der es ohnehin schon engen Kontakt hat, Gespräche aufzunehmen, um mit ihr abzuklären, welche Schritte notwendig sind, um eine der gewaltigen Aufgabe angepasste ukrainische Räumoperation zu schaffen. Es gilt, deren exakte Bedürfnisse und Prioritäten aufzunehmen, ein gemeinsames Konzept zur Realisierung dieses Arbeitsplans zu erarbeiten, das notwendige Personal zu rekrutieren und überhaupt alle Massnahmen zu treffen, die zur Sicherstellung eines Erfolges nötig sind.

Die Leitung der eigentlichen Entminnungsaufgabe wäre als langfristiger Beitrag der Schweiz im «Marschall Plan Ukraine» zu verankern. Es gilt zu beachten, dass andere westliche Staaten in diesem Bereich auch schon tätig sind (z. B. Deutschland) oder tätig werden dürften. Mit diesen sind der Schulterschluss und eine enge Kooperation zu suchen. Das sollte einerseits über die Planungs- und Steuerungsorganismen des «Marschall Plans Ukraine» erfolgen, andererseits über den Stiftungsrat des GICHD oder einem der beiden Schwesterzentren.

Die Schweizer Initiative, das GICHD mit einem wesentlichen Mandat in Kiew zu betrauen, würde einen Spieler ins Feld bringen, der international sehr hohes Ansehen geniesst und grosse Erfahrung hat – also alle Voraussetzungen erfüllt, um ein nationales ukrainisches Zentrum zu schaffen, den notwendigen Personal- und Materialbestand zu eruieren, ein Budget zu berechnen, dieses der internationalen Gemeinschaft zu unterbreiten und zu helfen, das Zentrum zu betreiben. Die Schweiz würde durch die Übernahme der Kosten des GICHD einen wesentlichen Beitrag an die Bewältigung des Problems leisten. Andere Staaten würden ermuntert, ihre Hilfestellung (sei es in Form von Finanzbeiträgen, Material, Personal, oder Modulen) in dieses Zusammenarbeitsgerüst einzugliedern.

Ferner ist bei diesem, wie bei allen anderen Hilfsprojekten, darauf zu achten, dass die nationalen ukrainischen Strukturen eines Tages die Gesamtverantwortung für das Projekt – inklusive der Finanzverantwortung – übernehmen können.

Gleichzeitig soll das GICHD in Zusammenarbeit mit der Ukraine andere Fragen identifizieren, in denen Kiew mit dem GICHD zusammenarbeiten möchte.

Geneva Centre for Security Sector Governance (DCAF)

Ein zweites Schwergewichtsthema der Schweiz sollte die Bekämpfung der Korruption, insbesondere im Sicherheitssektor, sein. Das «Genfer Zentrum für die gute Regierungsführung (DCAF)» ist hierfür die weltweit führende Adresse und ein bereits gut etablierter Partner der Ukraine. Diese ist übrigens Gründungsmitglied des DCAF. Das Genfer Zentrum hat eingehende Erfahrung in der Zusammenarbeit mit der ukrainischen Regierung und hat auch schon eine ganze Bibliothek an Fachliteratur auf Ukrainisch verfasst und Kiew zur Verfügung gestellt. Man vertraut dem DCAF.

Wie in vielen jungen Demokratien, ist Korruption auch in der Ukraine eines der tief verwurzelten Probleme. Dies schadet dem Land und gefährdet letztlich seine Zukunft. Präsident Selenskyj ist sich dieser Tatsache bewusst. Er hat in der beliebten TV-Serie, in der er einen Geschichtslehrer darstellte, der zum Staatspräsidenten gewählt wird, gerade dem Thema Korruption im Sicherheitsbereich besondere Aufmerksamkeit zugewendet.

Das Thema röhrt aber auch direkt an der Fähigkeit der Ukraine, sich gegen den russischen Ansturm zur Wehr setzen zu können. Es ist damit zu rechnen, dass die westliche öffentliche Meinung scharf reagieren könnte, wenn Korruptionsfälle oder Veruntreuungen ans Licht kommen sollten.

Die Zusammenarbeit in einem derart heiklen Bereich erfordert ein solides Vertrauensverhältnis, das nicht über Nacht geschaffen werden kann. Die Schweiz verfügt mit dem DCAF über eine Trumpfkarte.

Es ist auch festzuhalten, dass es ein Hilfspaket sehr viel einfacher haben wird, im Parlament eine Mehrheit zu finden und in der Bevölkerung auf ein positives Echo zu stossen, wenn eines seiner Schwergewichte darin besteht, sicherzustellen, dass wertvolle Hilfsmittel nicht in hohen Taschen verschwinden.

Das DCAF kann aber auch bei der politischen Kontrolle der Streitkräfte eine wichtige Rolle spielen. Es ist wichtig, dass die demokratischen Grundregeln nicht durch die Notwendigkeiten der Kriegsführung unterlaufen werden. Es drohen sonst nach einem Waffenstilstand innere Konflikte oder Unruhen. Wiederum ist das Thema so delikat, dass nur ein grosses Vertrauensverhältnis echte Zusammenarbeit möglich macht.

Schliesslich ist die Schweiz als Depositar-Staat der Genfer Konventionen besonders schockiert über die gezielten und massiven Verletzungen des Kriegsvölkerrechts durch Russland. Das betrifft einerseits die gezielte Vernichtung ziviler Infrastruktur, andererseits die sich häufenden Anzeichen, dass die russische Armee Kriegsverbrechen systematisch einusetzen scheint. Es ist von Bedeutung, dass diese Verbrechen an den Pranger gestellt und verfolgt werden. Das DCAF könnte hier helfen sicherzustellen, dass die entsprechenden ukrainischen Organe möglichst objektiv und professionell arbeiten.

Daneben wird mit der ukrainischen Seite eine ganze Palette zusätzlicher Zusammenarbeitsoptionen zu prüfen sein.

Geneva Centre for Security Policy (GCSP)

Das «Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GCSP)» ist die weltweit führende Adresse für sicherheitspolitische Ausbildungen. Gute 10 000 Beamte, Offiziere und Diplomaten haben sich im GCSP bereits auf ihre nächste Verwendung vorbereitet, darunter auch zahlreiche Ukrainer. Das Zentrum ist somit, wie seine Schwesterinstitutionen, in Kiew gut verankert. Es kann der Ukraine einerseits bei der Deckung ihres mit der angestrebten Vertiefung der Beziehungen zum Westen schnell anschwellenden Bedarfs an Liaison-Personal helfen, andererseits Kiew behilflich sein, eine eigene nationale Ausbildungskomponente zu schaffen.

Der Direktor des GCSP, Botschafter Thomas Greninger, ist zudem einer der besten Kenner der Ukraine, war er doch bis vor Kurzem Generalsekretär der OSZE. Er verfügt über ein grosses Beziehungsnetz und kann, wenn die Ukraine dies wünscht, seine stillen Kontakte zu Sondierungen zur Verfügung stellen.

Praktische Überlegungen

Der Beitrag der drei Genfer Zentren zum Schweizer Hilfsprogramm dürfte über den Zeitraum der ersten drei Jahre eine Investition von insgesamt 150 Millionen Franken erfordern. Eine genaue Schätzung ist durch die drei Zentren auszuarbeiten und vorzulegen. Diese könnte einen progressiven Finanzbedarf ausweisen, weil die Programme ja erst vor Ort aufgebaut werden müssen. Will die Schweiz aber nicht einfach Geld auf ein Bankkonto überweisen, sondern durch die Übernahme von Verantwortung in ausgesuchten Spezialbereichen, wo sie gegenüber den anderen Mitgliedern der Staatengemeinschaft aufgrund der bestehenden Vertrauensverhältnisse, bzw. ihrer Neutralität erhöhte Glaubwürdigkeit vorweist, so darf sie nicht rappenspalterisch sein. Zu den Themen für eine engere Zusammenarbeit mit der Ukraine gehört auch die Zusammenarbeit in der Bekämpfung von Cyberangriffen. Hier ist bereits ein Dialog sowohl zwischen der Schweiz und der Ukraine als auch unter den Teilnehmerstaaten der Berliner Wiederaufbaukonferenz im Gang. Die genaue Zusammensetzung des Schweizer Hilfspaketes wird von den laufenden Gesprächen mit Kiew und unter den Donatoren bestimmt werden. Vertreter der Genfer Zentren sind in diese einzubeziehen.

Das VBS sollte meines Erachtens 50 Prozent der Kosten des Engagements der drei Zentren übernehmen. Das Departement steht unter starkem Druck, der Ukraine Hilfestellung zu geben. Das ist wohl nur im Bereich des Zivilschutzes möglich, den wir aber selbst in den letzten Jahren vernachlässigt haben. Hilfestellung im Verteidigungsbereich dürfte aus neutralitätspolitischen Gründen kaum möglich sein, solange der Bundesrat nicht eine Revision der Neutralitätspolitik des Landes anstrebt. Die Nutzung der Zentren, die ja vom VBS gegründet und lange allein finanziert wurden, gäbe dem Verteidigungsdepartement völlig neue und neutralitätskompatible Optionen an die Hand.

Integrated Implementation Centre

Das DCAF verfügt bereits über Büroräumlichkeiten in Kiew, die allerdings bei Ausbruch des Krieges evakuiert wurden. Diese sollten als Nukleus eines «Integrated Implementation Centre» des Lugano-Prozesses und der «Marshall-Plans Ukraine»-Projekte der Schweiz verwendet werden.

«Die Genfer Zentren sind in der Lage, einen disproportional grossen und politisch relevanten Beitrag zu unserer Ukraine-Politik zu leisten. Sie sind eines der schlagkräftigsten Mittel unserer Aussen- und Sicherheitspolitik.»

Fazit

Die Genfer Zentren sind in der Lage, einen disproportional grossen und politisch relevanten Beitrag zu unserer Ukraine-Politik zu leisten. Sie sind eines der schlagkräftigsten Mittel unserer Aussen- und Sicherheitspolitik. Das ist erfreulich.

Das EDA (und die Eidgenossenschaft ganz allgemein) haben dies bisher nur bedingt erkannt und Nutzen daraus gezogen. Unsere Diplomatie ist noch auf die Botschaft in einem anderen Land ausgerichtet, ein Kleinbetrieb von einem Botschafter bzw. einer Botschafterin und zwei, höchstens drei Diplomaten/DEZA-Angehörigen und einem Dutzend Lokalangestellten (darunter der Fahrer und die Köchin). Die typische Mission hat vielleicht 30 000 Franken zur Verfügung, die sie jährlich investieren kann. Mit solchen Einheiten kann man heute noch beim Gastland vorsprechen, aber man kann nur bedingt die komplexen politischen Herausforderungen bewältigen, denen wir uns heute gegenüberstehen.

Die Welt der Zentren sieht völlig anders aus: Das DCAF hat 240 Angestellte, das GICHD über 100 und das GCSP etwa 120. Das DCAF betreibt Büros an 16 Standorten ausserhalb Genfs. Die Zentren haben nur 40 bis 50 Prozent ihres Budgets durch die Schweiz gesichert. Den Rest müssen sie von Drittstaaten einwerben. Ich musste als Direktor des DCAF bei einem Budget von 36 Mio. Franken 100 000 Franken im Tag von Partnern gesprochen erhalten. Der Schweizer Beitrag von 15 Mio Franken zahlte die Wochenenden. Aber von Montag bis Freitag war ich auf Mittel angewiesen, die das DCAF weltweit auftreiben konnte. So etwas ist nur möglich, wenn man hart am Wind segelt, Themen bearbeitet, die die Staatengemeinschaft interessiert, Qualitätsarbeit leistet, und stetig versucht, zu den Weltbesten zu gehören.

Damit hat die Schweiz aber drei leistungsstarke, global verankerte und weltweit tätige Kleinode zur Verfügung, um die uns die Welt beneidet. Die Schweizer

Aussen- und Sicherheitspolitik müsste in jeder Krise und bei allen wichtigen Fragen automatisch die Frage stellen, ob die Zentren einen Beitrag zur Lösung leisten können. Meistens können sie – oder besser könnten sie, wenn man sie anfragt würde. Das Wissen, was Genf leisten kann, ist in Bern viel zu dünn gesät. Umgekehrt wissen die Zentren nicht, woran Bern interessiert ist. Es gibt keine gemeinsame Jahresplanung. Es findet kein Brainstorming-Meeting mit den Zentren an der Botschafterkonferenz statt. Es gibt keinen vertraulichen Newsletter für das EDA oder vom EDA. Nada.

«Die Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik müsste in jeder Krise und bei allen wichtigen Fragen automatisch die Frage stellen, ob die Zentren einen Beitrag zur Lösung leisten können.»

Als Folge davon geht das EDA, stets knapp bei Kasse, davon aus, dass die Genfer Zentren den Auftrag, der sich aus Bern doch zu ihnen verirrt hat, aus ihrem Kernbudget bezahlen müssen. Nichts könnte abschreckender für die Zusammenarbeit sein. Es ist zwingend, dass diese Praxis überdacht und revidiert wird. Man plante, den Zentren ihren Beitrag zum Ukraine-Programm und ihre Dienstleistungen zugunsten des Schweizer Sitzes im UNO-Sicherheitsrat bezahlen zu lassen. 2024 ist eine Mittelkürzung von zusätzlichen 10 Prozent geplant. Das verkennt völlig die Realitäten. Die Einsparungen sind minim, der Schaden gravierend. Wir dürfen, gerade in den schweren Zeiten, die vor uns liegen, nicht die wichtigsten Trumpefkarten, die wir in dieser neuen Zeit haben, schwächen. ♦